

AfD-Pappkameraden

Als die Zustimmung zur AfD im Juli 2023 in Umfragen über 20% erreichte, war die „Betroffenheit“ in den regierenden Parteien groß.

Plötzlich gab es eine „braune Gefahr“, die für sie völlig unerklärlich war, auch weil die eigene Politik schließlich alternativlos sei. Die CDU/CSU nahm dieses angebliche Unverständnis dankend auf und nutzte es für ihre fremdenfeindliche und unsoziale Propaganda.

Einig waren sich Ampel-Koalition und CDU/CSU-Opposition darin, die rechtsradikale AfD öffentlich stärker zu bekämpfen, ohne die herrschende Politik grundlegend zu ändern.

Deshalb nutzt man die AfD jetzt verstärkt als „Pappkameraden“ für die Rechtfertigung der eigenen Politik und die weitere Rechtsentwicklung. Wer die Abwälzung der Kriegskosten auf die einfachen Leute ablehnt oder deren Angst vor einem großen Krieg ernst nimmt, wird als rechtsradikaler AfDler verdammt.

„Rechts-Offenheit“ lautet der Generalvorwurf gegen alle, die mit der herrschenden Politik nicht einverstanden sind.

Der berechtigte Widerstand gegen die Rechtsregierung wird von ihr als undemokratisch beschimpft, weil irgendein AfDler irgendwann öffentlich eine ähnliche Position vertreten hat. Leider verfängt diese Masche auch bei einigen linken Kräften, die die Hauptaufgabe im Kampf gegen die AfD sehen und den Widerstand gegen die Kriegspolitik der Regierenden dabei aus den Augen verloren haben.

Auch in Landau ist Rechts-Offenheit für die großen Parteien aber nur ein Thema, wenn es um



oppositionelle Kräfte geht. Im Zusammenhang mit der reibungslosen Aufnahme von zwei AfD-Stadträten in die Fraktion der FWG (Freie Wählergruppe Landau) und die Unterstützung der AfD für die Politik des Stadtvorstands war ein solcher Vorwurf jedenfalls bisher nicht zu hören.

FÜR FRIEDEN & SOZIALISMUS!

DKP
SÜDPFALZ